

Sitzung des Kreistages am 01.06.2023

TOP 05 Berichterstattung des Landrates zur Umsetzung des Beschlusses des Kreistages KT/B/245-17/2021 - Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle in Deutschland aktiv begleiten

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Nachgang zur letzten Berichterstattung in der Sitzung des Kreistages am 05.09.2022 sei ein Blick geworfen auf den aktuellen Stand des Verfahrens der Endlagersuche.

Das Standortauswahlverfahren befindet sich weiterhin in der ersten von drei Phasen. Im ersten Schritt wurden 2020 in einem Zwischenbericht 90 Teilgebiete ausgewiesen, die weiter einzugrenzen sind; dazu werden durch die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) vorläufige Sicherheitsuntersuchungen durchgeführt und weitere Kriterien angewandt werden, um die Sicherheit eines möglichen Endlagers in den jeweiligen Teilgebieten zu prüfen. Ziel von Phase 1 ist somit die Ermittlung von potenziellen Standortregionen, die anschließend in Phase 2 weiter untersucht werden.

Zunächst war man davon ausgegangen, dass die BGE den Vorschlag für die übertägig zu erkundenden Standortregionen in 2024 unterbreiten kann; zum Ende letzten Jahres wurde mitgeteilt, dass dieser Vorschlag erst in 2027 vorgelegt werden kann. In diesen betroffenen Regionen werden sodann seitens des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) Regionalkonferenzen eingerichtet werden, die eine umfassende und langfristige Beteiligung der regionalen Öffentlichkeit ermöglichen. Am Ende von Beteiligungen und Überprüfungen wird BASE dem Bundestag einen Vorschlag unterbreiten, welche Regionen in Folge in Phase 2 weiter untersucht werden.

Auf Einladung des Thüringer Ministeriums für Umwelt, Energie und Naturschutz fand im November 2022 eine Veranstaltung statt, die den Thüringer Kommunen Informationen zum Verfahren der Endlagersuche als auch zur Rolle der Kommunen im Verfahren vermitteln sollte.

Vertreter von BASE und BGE sowie auch des Nationalen Begleitgremiums (NBG) erläuterten ihre Rollen und die sich aus dem Standortauswahlverfahren jeweils ergebenden Aufgabenstellungen.

Es wurde auf die umfangreiche Informationsplattform zum Standortauswahlverfahren (www.endlagersuche-infoplattform.de) verwiesen. Ebenda finden sich auch spezielle Informationsangebote für die Kommunen. Es wurde zudem hingewiesen auf Infobroschüren bis hin zu Info-Mobilen und Leihausstellungen. So wurde etwa auch im Dezember 2022 ein „Infobrief für Kommunen“ seitens des BASE herausgegeben. Das Nationale Begleitgremium stellte sich insbesondere als Ansprechpartner für die Kommunen dar, das Veranstaltungen bundesweit plant und auch auf Anfrage gerne präsent ist.

Auf besonderes Interesse in der Veranstaltung traf der Umstand, dass aktuell vier Standorte in Thüringen – je zwei Bereiche im Thüringer Becken mit Steinsalz in stratiformer Lagerung und im Saxothuringikum mit kristallinem Wirtsgestein – geprüft werden. Dies wurde erläutert als ein notwendiger Zwischenschritt für die Gesamtuntersuchung; die BGE stützt sich dabei auf die Geodaten dieser vier Teilgebiete mit unterschiedlichen Wirtsgesteinstypen, um Methoden für die vorläufigen repräsentativen Sicherheitsuntersuchungen zu entwickeln, die sodann bei allen zu untersuchenden Standortregionen angewandt werden. Diese Untersuchungen bedeuten also nicht, dass eine betreffende Region bereits konkret in das Standortauswahlverfahren aufgenommen ist.

Das Umweltministerium teilte abschließend mit, dass eine weitere Veranstaltung für 2023 geplant sei. Dazu wird wiederum eine Berichterstattung erfolgen.